

Protokoll Nr. 1 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen

Sitzungstermin: Dienstag, 16.11.2021
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:13 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzender
Renken, Bernd

SPD-Fraktion
Stomberg, Holger
Strelow, Gregor
ten Hove, Andreas
Winter, Maria

(ab 17:13 Uhr)
für Harald Hemken

CDU-Fraktion
Hegewald, Reinhard
Verlee, Gerold

Gruppe GRÜNE feat. Urmel
Borchers, Sebastian

FDP-Fraktion
Busch, Friedrich

für Erich Bolinius

GfE-Fraktion
Janssen, Bernd

Gruppe DIE FRAKTION
Luitjens, Stefan

Verwaltungsvorstand
Jahnke, Horst

von der Verwaltung
Willms, Artur
Jakobs, Stefan
Hensmann, Rainer
Raveling, Heike

Protokollführung
Bleeker, Sonja

Protokoll Nr. 1 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Renken begrüßt die Anwesenden, insbesondere die neu gewählten Ratsmitglieder. Er eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 4 Kapitalrücklage der Stadtwerke Emden GmbH
Vorlage: 18/0104

Herr Jahnke erläutert, bei dieser Vorlage handele es sich um einen wiederkehrenden Prozess. Vor dem Hintergrund, dass die Eigenkapitaldecke der Stadtwerke Emden GmbH insgesamt dünn sei, würden die überschüssigen Beträge aus der Deckelung der Konzessionsabgaben in die Kapitalrücklage überführt. Diese gesammelten Beträge verbleiben in der Kapitalrücklage und verbessern so die Eigenkapitalsituation der Stadtwerke Emden GmbH. Er empfehle, diesen Beschluss kontinuierlich jedes Jahr zu fassen, um damit die Stadtwerke Emden GmbH weiterhin ein Stück zu stärken. Intensivere Erläuterungen zum Unternehmen könnten im Rahmen der Klausurtagungen mit den Fraktionen besprochen werden.

Herr Renken bedankt sich für die Erläuterungen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Emden weist die Vertreter der Stadt Emden und die Vertreter der Wirtschaftsbetriebe Emden GmbH in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Emden GmbH an, für das Abrechnungsjahr 2019 folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der steuerliche Vorteil aus der Gegenüberstellung des tatsächlichen SWE-Ergebnisses gegenüber dem fiktiven SWE-Ergebnis ohne den Betriebszweig ÖPNV wird zwischen der Stadt Emden und der Stadtwerke Emden GmbH zu gleichen Teilen aufgeteilt.

Protokoll Nr. 1 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen

2. Die abzuführende Konzessionsabgabe wird auf maximal 2,0 Mio. Euro festgelegt, sich ergebende Überschüsse werden in die Rücklage eingestellt.

Die Beschlüsse zu 1. und 2. bedürfen der jährlichen Bestätigung.

Ergebnis: einstimmig

TOP 5 Rückübertragung der Immobilie Grundstück mit Gebäude in Emden-Harsweg, Kreuzstraße 2, vom Gebäudemanagement Emden auf die Stadt Emden
Vorlage: 18/0103

Herr Hensmann erläutert die o. g. Vorlage.

Herr Renken bedankt sich für die Erläuterungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Janssen fragt, ob das Grundstück an die SCORE-Tankstellen und Mineralölhandels-GmbH verkauft worden sei. **Herr Hensmann** bejaht dies.

Wohlwissend, dass dies nicht der richtige Ausschuss sei, fragt **Herr Hegewald** nach dem Sachstand zum Thema Bürgerverein Harsweg. **Herr Jahnke** antwortet, der Bürgerverein Harsweg solle im ehemaligen Gebäude der SCORE-Tankstellen und Mineralölhandels-GmbH untergebracht werden. Die Kosten für die Umbauarbeiten seien geteilt worden. Darüber sei bereits berichtet worden. Seiner Kenntnis nach müssten die Arbeiten mittlerweile abgeschlossen sein und der Einzug würde unmittelbar bevorstehen.

Beschluss: Das Grundstück Gemarkung Harsweg, Flur 1, Flurstück 47/41, groß 1.141 qm, bebaut mit einem Kirchengebäude (Kirche Harsweg), wird zum Buchwert aus dem Anlagevermögen des Eigenbetriebes Gebäudemanagement Emden entnommen und zu diesem Buchwert dem Anlagevermögen der Stadt Emden zugeführt.

Sämtliche entstehenden Kosten gehen zu Lasten des Eigenbetriebes.

Ergebnis: einstimmig

TOP 6 Verkauf von Geschäftsanteilen der Zukunft Emden GmbH an der EEG Emden Energie GmbH
Vorlage: 18/0105

Herr Hensmann erläutert die o. g. Vorlage.

Herr Renken bedankt sich für die Erläuterungen. Als Aufsichtsratsmitglied merkt er an, ein entsprechender Beschluss des Aufsichtsrates sei im September getroffen worden.

Beschluss: Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der Zukunft Emden GmbH werden beauftragt, dem Verkauf von Geschäftsanteilen der Zukunft Emden GmbH an der EEG Emden Energie GmbH an die Stadtwerke Emden GmbH und die Sparkasse Emden zuzustimmen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 7 Satzungsänderung Hundesteuer

Protokoll Nr. 1 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen

Vorlage: 18/0102

Herr Jakobs erläutert die o. g. Vorlage.

Herr Renken bedankt sich für die Erläuterungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr ten Hove spricht das Thema Anmeldepflicht von Hunden an. Seiner Kenntnis nach würden Hunde mit einem Mikrochip gekennzeichnet, weil dieser dafür sorgen würde, dass das Tier wiedergefunden werde. Mit Blick auf den Datenschutz erkundigt er sich, ob die Daten des Mikrochips bei Kontrollen der Verwaltung aufgenommen und überprüft werden dürften.

Herr Jakobs antwortet, gemäß § 4 des Niedersächsischen Hundegesetzes seien Hunde durch einen elektronischen Mikrochip (Transponder) mit einer Kennnummer zu kennzeichnen. Darüber könnten Daten abgefragt und abgeglichen werden. In der Vergangenheit seien Kontrollen erfolgt. Die Verwaltung sei verpflichtet, die ordnungsgemäße Anmeldung zu kontrollieren.

Herr Strelow befürwortet, dass das Thema Digitalisierung für die Bürger*innen durch das Bürgerserviceportal openRathaus vorangetrieben werde. Er heißt diesen Service für Hundehaltende sowie die sich daraus ergebende Kostenersparnis gut. Er erkundigt sich nach weiteren Strategien der Verwaltung. Informationen über den Sachstand würde er in einer der nächsten Sitzungen begrüßen.

Herr Busch begrüßt ebenfalls die Vorlage. Er wendet ein, Dienstleistungen der Verwaltung als Online-Service würden Verunsicherungen bei älteren Bürger*innen auslösen. Diese benötigten weiterhin Unterstützung. Weiter gibt er an, dass die FDP-Fraktion gegen eine Benachteiligung von Hundehalterinnen und Hundehalter sei. Auf diese dürften keine Kostensteigerungen zukommen. Dies müsse entsprechend transportiert werden.

Herr Jahnke entgegnet, durch die Aussage von Herrn Busch werde suggeriert, dass die Verwaltung seinerzeit exorbitant die Hundesteuer erhöht habe. Er stellt klar, die Hundesteuer sei damals nur gering erhöht worden. Der vorherige Rat habe keinen Beschluss gefasst, mit dem Hundehalterinnen und Hundehalter übergebührend belastet worden seien. Auch solle nicht suggeriert werden, dass mit der Satzungsänderung zusätzliche Kosten auf die Hundehalterinnen und Hundehalter zukommen würden. Im Übrigen seien die meisten Hunde registriert.

Weiter informiert er, dass das Bürgerserviceportal erfahrungsgemäß von vielen Bürger*innen, durchaus auch von älteren Personen, genutzt werde. Er macht darauf aufmerksam, dass dies teilweise auch gesetzlich vorgeschrieben sei. Unterstützung würden Bürger*innen selbstverständlich erhalten. Er bittet um Zustimmung.

Auf die Anregung von Herrn Strelow antwortet er, dass das Thema Digitalisierung in den Bereich von Herrn Stadtrat Grendel falle. Dieser habe das Thema in Angriff genommen. In einigen Bereichen sei die Verwaltung bereits digitalisiert. Aktuell werde eine Übersicht erstellt, um daraus eine Gesamt-Strategie abzuleiten. Weil die Erstellung Zeit benötige, bittet er um Nachsicht und Geduld. Sobald die künftige Strategie vorliege, werde diese im Ausschuss vorgestellt.

Herr Renken bedankt sich für den Hinweis und die Aufnahme der Anregung.

Herr Hegewald gibt an, die CDU-Fraktion betrachte die Satzungsänderung als Service für die Hundehalterinnen und Hundehalter. Er signalisiert seitens seiner Fraktion Zustimmung. Er erkundigt sich nach der weiteren Kommunikation. **Herr Jakobs** antwortet, zum Jahresbeginn würden die alten Steuermarken auslaufen. Vor diesem Hintergrund passe die Umstellung jetzt gut. Hundehaltende würden einen Steuerbescheid mit einem ergänzenden Informationsschreiben erhalten. Mit diesem werde darauf hingewiesen, dass es künftig einen Dauerbescheid ge-

Protokoll Nr. 1 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen

ben werde. Alle weiteren Informationen seien daraus ebenfalls zu entnehmen. Die Zustellung erfolge per Brief und nicht elektronisch.

Herr Janssen begrüßt die Satzungsänderung. In Bezug auf die Kontrollen fragt er nach der Anzahl der Lesegeräte. Zum Chip-Verfahren stellt er klar, dass jedes Tier beim Land Niedersachsen angemeldet werden müsse. Er schildert ein mögliches Steuerschlupfloch. **Herr Jakobs** antwortet, seiner Kenntnis nach seien in der Ordnungsbehörde 3 bis 4 Lesegeräte vorhanden. Diese Anzahl sei für die Durchführung der Kontrollen ausreichend. Er macht deutlich, dass Hundehalterinnen und Hundehalter der Steuerpflicht nachkommen müssten. Durch die Kontrollen würden die angesprochenen Schlupflöcher entdeckt. Es handele sich um Steuerhinterziehung, wenn Hundehaltende nicht zahlen würden.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die als Anlage zur Vorlage 18/0102 beigefügte 7. Änderung der Hundesteuersatzung vom 28.10.1974, die ab dem 01.01.2022 in Kraft tritt.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 8 Controllingbericht zum 30.09.2021
Vorlage: 18/0100

Herr Jahnke führt einleitend zum Haushalt aus, in 2021 gebe es ein verbessertes Ergebnis i. H. v. 1,47 Mio. Euro. Dennoch sei die Finanzlage der Stadt mit einem Defizit i. H. v. 17 Mio. Euro schlecht. Neben der Corona-bedingten negativen Steuereinnahmesituation berge dieses Defizit auch Themen in sich, über die seit Jahren sehr intensiv im Rahmen der Haushaltsstrukturkommission diskutiert worden seien. In der Vergangenheit habe der Finanzausschuss die Haushaltsstrukturkommission gebildet. Dies sein ein sehr gutes Instrument gewesen, das sich bewährt habe.

Er erinnert, die negativen Ergebnisse der beiden Jahre 2020 und 2021 müssten über die nächsten 30 Jahre erwirtschaftet werden. Das bedeutet, es müssten jedes Jahr 1,3 Mio. Euro zusätzlich erwirtschaftet werden. In einigen Fachbereichen seien in den letzten Jahren immer neue Aufgaben hinzugekommen, die zu Kostensteigerungen geführt hätten. Hohe Investitionskosten habe es beispielsweise für den Bau und Ausbau von Kitas und Schulen gegeben. Die nachziehenden Personal- und Betriebskosten würden nicht zu 100 Prozent vom Land refinanziert. Ein hoher Eigenanteil sei von der Stadt zu tragen. Auch müssten die Kommunen jedes Jahr Abschreibungen abbilden, beispielsweise seien Neubauten entsprechend abzuschreiben und über den Werteverzehr darzustellen. Durch hohe Investitionskosten würden somit die Abschreibungen und damit auch die jährliche Ergebnisbelastung steigen. Beim Bund und Land hingegen gebe es eine reine Einnahmen- und Ausgabenrechnung.

Bei den Aufwendungen für aktives Personal würden Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen hinzukommen. Er bemerkt, seitens des Bundes und Landes würden keine Rückstellungen für Beamte gebildet. In den letzten Jahren habe es viele Beförderungen, insbesondere bei der Feuerwehr, gegeben. Die Pensionsrückstellungen müssten entsprechend angepasst werden. Dieser Aufwand beinträchtigt das Ergebnis ebenfalls erheblich.

Er macht deutlich, wie stark die Stadt von den Gewerbesteuererträgen abhängig sei. Ein negatives Ergebnis i. H. v. 17 Mio. Euro zu konsolidieren sei schwierig. Es müssten dafür die Bereiche Sport, Kultur und Soziales angefasst werden. Dies habe dann möglicherweise Auswir-

Protokoll Nr. 1 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen

kungen auf die Attraktivität der Stadt. Er macht deutlich, diese Situation sei von allen nicht gewollt, vor allem nicht von den neuen Ratsmitgliedern, schließlich möchten diese in dieser Stadt etwas bewegen und nach vorne bringen. Mit Blick auf die Haushaltskonsolidierung rate er zu sehr dezidierten und detaillierten weiteren Schritten.

Er informiert, der Fachdienst Finanzen, Abgaben und Stadtkasse sei bereits in das Thema eingestiegen und habe erste mögliche Sparmaßnahmen identifiziert. Anfang Dezember würden konkrete Daten aus dem kommunalen Finanzausgleich erwartet. Auf der Basis dieser Zahlen solle am 07.12.2021 der Haushalt im Rat eingebracht werden. Er schlägt vor, dem Land zu signalisieren, dass Rat und Verwaltung die Problemstellung betrachten. Eine Liste mit Sparmaßnahmen solle erstellt werden. Die endgültige Haushaltsbeschlussfassung erfolge im nächsten Jahr. Die Rücklagen der Stadt seien aufgebraucht. Er weist darauf hin, dass bei einem negativen Ergebnis in 2022 noch kein Haushaltssicherungskonzept nach dem Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz aufgestellt werden müsse. Der Rat habe die Gelegenheit, dies noch einmal zu beschließen. Es handele sich hier um die Corona-Erleichterungen des Landes, die in 2022 noch einmal greifen würden.

Mit Blick auf das negative Ergebnis prognostiziert er eine spannende aber auch sehr schwierige Zeit. Er empfehle dem neuen Rat, zügig eine Haushaltsstrukturkommission aufzustellen.

Herr Renken bedankt sich für die einführenden Worte. Er heißt die Bildung einer Haushaltsstrukturkommission gut. Die Regelung, dass der Finanzausschuss als Ganzes diese bilde, habe sich auch seiner Meinung nach bewährt.

Frau Raveling stellt anhand einer Power-Point-Präsentation den Controlling Bericht zum 30.09.2021 vor. Diese Präsentation ist unter www.emden.de einsehbar.

Herr Renken bedankt sich für den Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

Herr Hegewald spricht die Kosten der Nordseehalle an. Seinem Verständnis nach zahle die Verwaltung die Kosten für Rats- und Ausschusssitzungen. Er möchte wissen, ob auf der anderen Seite Zuschüsse der Nordseehalle gekürzt würden oder ob die Nordseehalle von der gezahlten Miete profitiere. **Herr Jahnke** teilt mit, für die Nutzung der Nordseehalle werde Miete gezahlt.

Herr Strelow bedankt sich für die Präsentation. Die Zahlen würden aufzeigen, dass der Bund und das Land das Konnexitätsprinzip nicht einhalten. Der Deutsche Städtetag sage aus, dass Aufgaben, die der Kommune von Bund und Land übertragen worden seien, finanziell auszugleichen seien. Bund und Land würden diesbezüglich eine gewisse Hartnäckigkeit zur Unterstützung der Kommunen zeigen. Eine solche Unterstützung für Emden würde seiner Ansicht nach einige Millionen Euro betragen und die Stadt ein Stückweit von der Haushaltskonsolidierung entfernen. Er fragt nach der Möglichkeit, noch einmal auf das Land einzuwirken. Den Vorschlag, dass der Finanzausschuss gleichzeitig die Haushaltsstrukturkommission bilde, befürwortet er. Er hoffe, dass sich die Fraktionen darauf verständigen werden. Er fragt, ob es am 07.12.2021 einen konkreten Einblick auf die Haushaltslage geben werde. **Herr Jahnke** bejaht dies. Er erklärt das Verhältnis der hohen Zahlen im Aufwands- und Ertragsbereich. Tatsächlich habe es Aufwendungen, wie beispielsweise für das Impfzentrum, gegeben. Jedoch habe es auch Erträge aufgrund der Kostenerstattung gegeben. Er weist auf die Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes und die sich daraus ergebende Änderung der Buchungsregularik hin.

Er stimmt Herrn Strelow hinsichtlich der Konnexität zu. Der Deutsche und auch der Niedersächsische Städtetag drängen auf einen finanziellen Ausgleich seitens des Bundes und Landes. In der Vergangenheit seien entsprechende Eigenanteile von den Kommunen zu leisten gewesen. Als ein aktuelles Beispiel nennt er den Ausbau der Ganztagschule. Dieser müsse bis zum Jahr 2026 vollzogen sein. Inwieweit die Kommunen nachhaltige Unterstützung von Bund und Land

Protokoll Nr. 1 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen

erhalten, sei unklar. Sollte dies ebenfalls über das Investitionsprogramm geleistet werden, sei dies bei der aktuellen Haushaltslage nicht vorstellbar.

Weiter führt er aus, dass hauptsächlich die Fachbereiche 500 und 600 Zuschüsse benötigten. Beim Fachbereich 500 gebe es eine gute Refinanzierung. Hier sei der Zuschussbedarf in den letzten Jahren relativ konstant gewesen. Im Fachbereich 600 hingegen gebe es eine stetig anwachsende Kurve. Diese korreliere mit dem steigenden Defizit des Haushaltes. Letztendlich bilde sich in diesen Defiziten auch eine Sozialstruktur ab. Es zeige sich, dass nicht nur Emden, sondern auch andere Kommunen nicht in der Lage seien, die wachsenden Sozialausgaben selber zu schultern. Er erinnert an die Diskussionen in den entsprechenden Fachausschüssen. Es handele sich um gesamtgesellschaftliche Probleme. Vor diesem Hintergrund fordern die Interessensverbände, insbesondere der Niedersächsischen Städtetag, eine Unterstützung für die Kommunen. Er bemerkt, manche Kommunen würden von einer hohen Steuerquote oder einer vielfältigen Ansiedlung von Gewerbe in ihrer Stadt profitieren. Diese Kommunen seien deshalb nicht von einem Betrieb massiv abhängig. Deshalb sei der Beitrag von Herrn Strelow richtig.

Herr Jakobs ergänzt, derzeit laufen seitens des Bundes und Landes Bemühungen, die pandemiebedingten Erleichterungen, wie beispielsweise Abschreibungen über 30 Jahre, für die Kommunen rückgängig zu machen. Es sei davon auszugehen, dass die Steuermehrerträge, die aktuell seitens des Landes publiziert worden seien, nicht 1:1 an die Kommunen überführt werden. Hintergrund sei eine beschlossene Deckelung. Seinerzeit sei das Mindestniveau der Verteilmasse auf etwa 4,8 Mrd.. Euro festgelegt worden. Gelder, die darüber hinaus verteilt würden, sollten die Kommunen an das Land zurückzahlen. Positiv sei, dass die Finanzmasse derzeit etwas über diesem Niveaubereich liege und somit auch die Stadt Emden hiervon profitieren könnte. Dennoch sei das Resultat der vorliegenden Ergebnisse ein Auftrag an den Rat und die Verwaltung, den eigenen Haushalt genau zu betrachten.

Herr Janssen erinnert an die detaillierte Vorstellung der Haushaltslage im Rahmen der Haushaltskonsolidierung der letzten Jahre. Es sei seinerzeit aufgezeigt worden, dass die freiwilligen Leistungen gekürzt werden müssten. Er stimmt Herrn Jahnke zu, dass durch finanzielle Kürzungen die Existenz einiger Organisationen bedroht werde. Er befürwortet die Haushaltsstrukturkommission. Er gehe bei einem Defizit i. H. v. 17 Mio. Euro davon aus, dass eine Sanierung des Haushaltes mit Einsparungen nicht gelingen werde.

Herr Verlee merkt zur Vergnügungssteuer an, es sei erkennbar, dass die Erträge Corona-bedingt rückläufig seien. Er gehe von einer Verlagerung in das Online-Spiel aus. Diese Verlagerung wirke sich nachteilig auf die Kommune aus. Er bittet um Erläuterungen.

Weiter spricht er die Einrichtung des Impfzentrums in der Nordseehalle an. Er erkundigt sich, ob die Rechnung 1:1 dem Land überstellt worden sei. Sollte dies der Fall sein, hätte die Nordseehalle seiner Ansicht nach mehr Erträge erwirtschaften müssen. Er bittet um Erläuterungen. Mit Blick auf die schlechte finanzielle Lage der Stadt möchte er wissen, ob Rechnungen nicht gezahlt worden seien.

Herr Jakobs führt zum Thema Vergnügungssteuer aus, seit Öffnung der Spielstätten sei festzustellen, dass das Niveau wieder auf dem alten Stand sei. Mit Blick auf die aktuelle Entwicklung der Corona-Zahlen könne sich dies schnell wieder ändern.

Alle Positionen, die gegenüber dem Land abzurechnen seien, seien geltend gemacht worden. Jedoch komme das Land nur sukzessive mit der Auszahlung nach. Die ersten Beträge seien erst vor ca. 4 – 6 Wochen eingegangen.

Der Vertrag zwischen dem Land und der Nordseehalle sei ihm nicht bekannt. Er sichert eine Beantwortung über das Protokoll zu.

Protokoll Nr. 1 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen

Anmerkung der Protokollführung:

Laut Mitteilung von Kulturevents Emden vom 18.11.2021 beträgt die Miete für das Impfzentrum 1.711,00 Euro pro Tag.

Weiter informiert er, die Verwaltung sei während der Pandemie dazu angehalten, Rechnungen zügig, ohne Skonto zu berücksichtigen, auszuführen. Hiermit solle den Betrieben entgegengekommen werden. Die Stadt habe zurzeit kein Liquiditätsproblem.

Herr Hegewald spricht die Einnahme von Gewerbesteuern an. Hier gebe es hinsichtlich der Veranlagung immer eine zeitliche Verzögerung. Er bittet um nähere Erläuterungen. **Herr Jakobs** antwortet, bei der Veranlagung der Gewerbesteuer gebe es unterschiedliche Komponenten. Es sei zu beachten, ob es sich um eine Vorauszahlung, eine Zerlegung oder um eine Veranlagung handle. Vorauszahlungen für 2021 könnten beispielsweise auf dem Veranlagungsjahr 2019 basieren. Dies sei von der Mitteilung des Finanzamtes abhängig. Er nennt weitere Beispiele. Die derzeit bestehenden Vorauszahlungen würden sich im Haushalt 2022 wieder spiegeln.

Herr Hegewald fragt, ob aufgrund der Corona-Jahre 2020 und 2021, diese noch wesentlich schlechter werden können. **Herr Jakobs** bejaht dies. Viele Firmen hätten profitiert. Jedoch mit Blick auf die Gewerbesteuer-Struktur der Stadt sei erkennbar, dass es nur einen hauptsächlichen Gewerbesteuerzahler gebe. Zur Darstellung eines ausgeglichenen Haushaltes seien 40 bis 50 Mio. Euro Gewerbesteuereinnahmen notwendig. Zwar gebe es viele kleinere Betriebe, die zugelegt hätten, jedoch sei dies nicht entscheidend. Einige Nachzahlungen i. H. v. 3 Mio. Euro seien im Bericht enthalten.

Herr Busch regt an, die Ausschreibungsmodalitäten näher zu betrachten. **Herr Jahnke** stellt klar, dass in letzter Zeit Ausschreibungen aufgrund der enormen Baukostensteigerungen aufgehoben werden mussten. Als Beispiel nennt er das Festspielhaus am Wall. Hier sei die Maßnahme in mehrere kleine Umfänge aufgeteilt worden. Über diesen Weg werde versucht, die Kosten halbwegs in einem Rahmen zu halten. Eine Priorisierung der Maßnahmen sei richtig. Er erklärt, der Fachdienst Finanzen, Abgaben und Stadtkasse müsse gegenüber dem Land ohnehin jede Investitionsmaßnahme in ihrer Notwendigkeit im Rahmen der Haushaltsgenehmigungen einzeln begründen. Dies zeige auf, wie stringent die Verfahren inzwischen laufen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 9 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es werden keine Mitteilungen gemacht.

TOP 10 Anfragen

1. Heizung Ratssaal

Herr Strelow moniert, dass die Heizung im Ratssaal immer noch defekt sei.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.